

● **denkhausbremen**

Umweltbewegung im Miteinander: Demokratisch. Fair. Wirksam.



Warum es sich gerade jetzt für die
Umweltverbände lohnen könnte,
mit neuen Strategien
an alte Erfolge anzuknüpfen

Inhalt

Vorwort	3
1. Umweltbewegung im Gegenwind	4
2. Hinein in die Mitte	6
3. Miteinander reden: Wie Umweltschutz Viele erreicht	8
3.1. Demut, Toleranz und Neugier	8
3.2. Ortswechsel öffnet Türen	9
3.3. Gemeinsame Sprache finden	9
3.4. Dialog in den Mittelpunkt stellen	11
4. Lehren aus der regionalen Praxis	12
4.1. Von der Amsel zur Agenda: Naturschutz als Türöffner	12
4.2. Soziale Gerechtigkeit in den Fokus rücken	13
4.3. Ehrenamtliches Engagement stärken	14
4.4. Rechte Unterwanderung verhindern	15
4.5. Kollektive Erinnerung im Osten aufgreifen	16
4.6. Kommunale Interessen bei der Energiewende verteidigen	16
5. Ausblick und Möglichkeitsräume	18
5.1. Wie erweitert die Umweltbewegung ihren Radius?	18
5.2. Wie kann Umweltengagement aus kulturellen Grabenkämpfen herausgehalten werden?	18
5.3. Sind Umweltverbände Demokratie in Aktion?	19
Impressum	20

Vorwort

Wie bleibt die Umweltbewegung in rauen Zeiten relevant? Das hier ist ein Impuls von denkhausbremen auf diese Herausforderung. Den haben wir uns nicht aus den Fingern gesogen – hier kommen die Meinungen von Menschen zur Geltung, die bisher wenig mit Ökoverbänden zu tun hatten. Dafür haben wir zu Veranstaltungen in Gasthöfen, Dorfgemeinschaftshäusern und Klassenzimmern eingeladen. Außerdem haben wir zahlreiche Kolleg:innen aus den Umweltverbänden in Einzelinterviews befragt. Und natürlich sind wir selbst schon lange Teil der Bewegung. Das vorliegende Papier ist ein Mix aus alledem.

Wir danken unseren Gesprächspartner:innen für die offenen Worte und die großartigen Gedanken. Das hat uns Freude gemacht und inspiriert. Wir würden uns freuen, wenn euch das beim Lesen auch so geht. Wie ihr feststellen werdet: Vieles ist nicht vollkommen neu – aber es gibt konkrete Anhaltspunkte, in welche Richtung in Zukunft weiter gedacht und gemacht werden könnte. Dennoch haben wir im Moment eher viele Fragen. Die Antworten dazu möchten wir gerne gemeinsam mit euch entwickeln.



1. Umweltbewegung im Gegenwind

Es lief schon mal besser für den Umwelt- und Klimaschutz – und damit für die Umweltverbände. Lange galten sie als moralische und politische Avantgarde einer Gesellschaft auf Ökokurs. Doch diese Reputation bekommt Risse. Die Umweltbewusstseinsstudie des Umweltbundesamtes zeigt seit 2022 einen klaren Trend: Umweltschutz zählt zwar noch zu den relevanten Politikfeldern, verliert jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung an Gewicht.¹

So wie beim Klimaschutz – bis vor Kurzem noch ein zentrales politisches Projekt. Greta Thunberg hat in Davos den Mächtigen die Leviten gelesen, Panik angeordnet, und die von ihr inspirierten Fridays-for-Future-Demos waren Massenevents. Die Grünen griffen nach dem Kanzleramt, keine Tagesschau ohne Klima-Nachrichten und Fliegen galt auf einmal als Pfui. Klima war überall. Nur wenige Jahre später ist es deutlich stiller geworden und wir befinden uns in einer paradoxen Zwischenwelt: Noch immer hält die Mehrheit der Menschen in Deutschland den Klimawandel für ein relevantes Problem, doch das Thema ist auf der politischen Agenda nach hinten gerutscht.

Heute, inmitten der viel besprochenen Multikrise, spalten soziale Ungleichheit, kulturelle Spannungen und die fortschreitende Ökonomisierung zentraler Lebensbereiche die Gesellschaft. Die einen reden von der „Großen Transformation“, als wäre sie ein IKEA-Regal – und die Umweltverbände hätten die Anleitung dazu. Für die anderen sind Begriffe wie „Energiewende“ Triggerworte, hinter denen sich Gemeinheiten verstecken: dass der Strom jetzt teurer ist und der Windpark vor dem Fenster aussieht, als hätte jemand die Landschaft mit Krach machenden Riesen-Strohhalmen gespickt.

Gleichzeitig kommt politischer Gegenwind auf. Populisten setzen die westlichen Demokratien von innen und außen unter Druck – und mit ihnen die sogenannte freie, offene Gesellschaft, jenes Milieu, in dem Umweltverbände in den letzten Jahrzehnten eine einmalige Erfolgsgeschichte hingelegt haben. Autokraten erobern mehr und mehr das Spielfeld und sind in Sachen Umweltschutz mit der Abrissbirne unterwegs. Darüber hinaus inszenieren sich rechtsnationale Kräfte

1 Umweltbundesamt 2025: [Umweltbewusstsein in Deutschland 2024](#)

als Bewahrerinnen der „heimischen“ Umwelt – und knüpfen damit an historische Schnittmengen zwischen der frühen Naturschutzbewegung und völkischem Gedankengut an.

Lauter denn je drängen auch wirtschaftsnahe Lobbygruppen nach vorne, die mit Umwelt wenig am Hut haben und ökologische Errungenschaften am liebsten wieder zurückdrehen würden in die gute alte Zeit, als ein rauchender Schornstein noch etwas Positives war. Sie haben ihren großen Werkzeugkasten ausge-

packt, um bürgerschaftliches Engagement für die Umwelt – und damit die Geschäftsgrundlage der Umweltverbände – infrage zu stellen. Mal hintergründig, etwa mit parlamentarischen Anfragen², mal ganz offen mit dem Holzhammer, wie bei den Angriffen auf das Verbandsklagerecht oder das Umweltbundesamt.

Und die Umweltbewegung selbst? Sie wirkt bisweilen, als hätte sie sich in der eigenen Hälfte eingerichtet. Man hat Strategiepapiere geschrieben, Podien bestiegen und sich gegenseitig versichert, dass man ja eigentlich recht

hat.^{3,4} Doch jenseits davon ist eine andere Welt weiter gewachsen – eine, in der die Sorge um die Miete größer ist als die um den CO₂-Fußabdruck, in der die Wut auf „die da oben“ jeden noch so gut gemeinten Appell an die Vernunft verschlingt.⁵



▷ *Andere mitnehmen ist das Gegenteil von miteinander sprechen...*

Butter bei die Fische, Tagung in Berlin

- 2 Büttner, F. et al. 2026: [Der Anti-NGO-Diskurs: Kleine Anfragen - große Wirkung?](#) Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft
- 3 Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU) 2024: [Struktur, Strategie und Bewegung](#). Entwicklung der Umweltorganisationen in Deutschland seit 2000
- 4 Sperfeld, F. et al. 2016: [Winning the campaign but losing the planet](#) – Stärken und Schwächen der Umweltbewegung auf dem Weg in eine erwachsene Gesellschaft
- 5 Frohn, H.-W., et al. 2020: [Perspektivwechsel: Naturpraktiken und Naturbedürfnisse sozialökonomisch benachteiligter Menschen](#), Bundesamt für Naturschutz Skripten 559

2. Hinein in die Mitte

Die Verbände stehen vor einer paradoxen Aufgabe. Einerseits muss die Umweltbewegung ihre Themen als das darstellen, was sie sind: existenziell. Andererseits darf sie nicht so tun, als läge die Lösung schon auf dem Tisch. Die eigentliche Herausforderung liegt woanders: Wie erreicht man Menschen, die sich von einer vermeintlichen Öko-Elite unverstanden fühlen? Wie überzeugt man diejenigen, für die „sozial-ökologische Transformation“ nach einem langen Arbeitstag klingt wie ein schlechter Scherz? Und vor allem: Wie verhindert man, dass Umweltverbände selbst zu einer weiteren Blase werden?



▷ *Informieren, zusammentun und engagieren*

Bürgergespräch über Solarstrom vom Acker in Ringenwalde (Uckermark)

Es geht also nicht nur darum, die richtigen Antworten zu haben, sondern auch die richtigen Fragen zu stellen. Und zwar denjenigen, mit denen man sonst nur wenige Schnittmengen hat, die um Tofu einen Bogen machen und sich fragen, was die ganze Transformiererei ihnen eigentlich bringen soll.

Vielleicht liegt eine Antwort darin, sich selbst wieder als das zu begreifen, was die Umweltbewegung immer auch schon war: ein Ort der Integration, ein Scharnier zwischen den Welten. Zwischen

Naturschützer:innen mit konservativem Wertekanon, die den Wald retten wollen, weil er ihnen Heimat bedeutet, und anarchistischen Ökos, die barfuß ins nächste Klimacamp unterwegs sind. Die Umweltverbände waren immer dann am stärksten, wenn sie Brücken bauten – nicht nur zwischen Biotopen, sondern auch zwischen Menschen.

Darum haben wir uns auf den Weg gemacht. In den letzten Jahren standen wir mit Initiativen aus einkommensschwachen Milieus und Bewohner:innen des ländlichen Brandenburgs im Austausch und haben bei Veranstaltungen unterschiedliche Menschen zusammengebracht. Zugleich haben wir mit Kolleg:innen aus den Umweltverbänden gesprochen, um zu erfahren, wo ihre Arbeit derzeit an Grenzen stößt. Wir wollen keine Besserwisser sein – denn die waren schon früher in der Klasse unbeliebt. Wir wollen den Versuch machen, eine Art Bindeglied zwischen Berliner Umweltblase und Menschen jenseits der Ökoszene zu sein.

Dabei haben wir viel gelernt: Wie sich Eigenheimer-Wärmepumpen-Fördermillionen für Mieter:innen in heruntergekommenen Häusern anfühlen, warum erneuerbare Energien nicht mehr „sexy“ sind, wenn das ganze Dorf von Windrädern umzingelt ist und warum ausreichend Wurstbrote vom örtlichen Metzger die Grundlage für guten Austausch bilden können. Trendige Plastikwörter wie „Große Transformation“ oder „Shrinking Spaces“ sind dabei eigentlich nie gefallen.

Wir sind überzeugt: Sich selbst zu hinterfragen ist kein Zeichen von Schwäche. Im Gegenteil: es sollte routinemäßig geschehen – besonders dann, wenn das eigene „Geschäftsmodell“ ins Wanken gerät. Denn es liegt im ureigenen Interesse der Umweltbewegung, ihren Kompass regelmäßig neu zu kalibrieren, damit Umweltschutz dauerhaft Gewicht hat.



„Umweltschutz funktioniert nur im Dialog.“

Lars Engelhardt lebt in der Uckermark und engagiert sich dort ehrenamtlich im Vorstand des NABU Regionalverbandes Angermünde.

3. Miteinander reden: Wie Umweltschutz Viele erreicht

3.1. Demut, Toleranz und Neugier

Was zunächst banal klingt – hinein in fremde Lebenswelten – ist in Wahrheit ein Akt der Demut. Denn das bedarf immer auch der Bereitschaft, Widersprüche auszuhalten. Das gilt besonders für die Begegnung mit Lebenswelten, die in der gesellschaftlichen Hackordnung gemeinhin eher „unten“ eingeordnet werden: Milieus, die herablassend mit dem Stempel „sozial schwach“ oder „kulturell rückständig“ versehen werden. Gemeint ist nicht das ritualisierte und bierselige Schunkeln von Politiker:innen im Wahlkampfmodus. Dieses anbietende Getue riechen die Menschen gegen den Wind. Und nein, Veganer:innen müssen nicht plötzlich Wurstbrote essen, nur um bei der Debatte im Dorfgemeinschaftshaus dazuzugehören. Aber sie sollten eben offen für den Gedanken sein, dass ihr Ernährungsstil nicht der einzige Weg in die Zukunft ist.

Entscheidend ist also: echte Offenheit und ernst gemeinte Neugier. Was denken Menschen, die sonst wenig Berührung mit Umweltverbänden haben? Was beschäftigt sie, wenn es um Klimaschutz geht – oder wenn das Thema sie unberührt lässt? Wo solche Gespräche gelingen, verschieben sich Ton und Haptik der Debatte. Forderungen nach sozialer Ausgewogenheit ökologischer Maßnahmen ändern auf einmal ihren Aggregatzustand – von hohlen Floskeln im Schlussabsatz einer Pressemitteilung zu ernsthaft geteilten Gewissheiten.

Hierfür braucht es Türöffner. Personen und Initiativen, die nicht automatisch der Ökoszene zugerechnet werden und vor Ort als glaubwürdige Vermittler:innen akzeptiert sind. Ein Netzwerk solcher Partner entsteht durch gemeinsame Erfahrungen und gegenseitiges Vertrauen. Kooperationen mit Gruppen wie dem Bremer Bündnis „Menschenrecht auf Wohnen“, der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark oder der Initiative „Füreinander-Miteinander“ waren für uns entscheidend. Ohne sie wären viele unserer Veranstaltungen leerer geblieben – und manche Gespräche gar nicht erst zustande gekommen.



„Akzeptanz entsteht durch Beteiligungsprozesse, nicht durch Entscheidungen, die ohne Mitwirkung getroffen wurden.“

Antje Sandoval ist zweite Vorsitzende des NABU-Regionalverbandes Templin.

3.2. Ortswechsel öffnet Türen

Wer das eigene Fahrwasser verlassen will, muss dafür auch raus zu den Menschen. So simpel das klingt, so mühsam ist es. Fähigkeiten, die auf Bundesverbandsebene überlebenswichtig sind – mit fein ziselierten Sätzen auf Sendung gehen, Netzwerken bei Canapés – zählen in den Kneipensälen der Provinz, bei den Stammtischen im Kiez Eck oder in der Kleingartensiedlung eher wenig. Gleichzeitig ist es für Umweltmenschen auf Bundesebene aufwendig, den Weg in fremde Lebenswelten, etwa in die der Provinz, auf sich zu nehmen. Ressourcen sind knapp, und die Abkürzung über Konferenzraum, Tagesordnung und Besprechungskekse führt ja auch zu Ergebnissen.



▷ Mehr Gerswalde, weniger Berlin

Debatte über Bürger:innenbeteiligung bei der Energiewende in Gerswalde

Aber was bekommt man dafür, wenn man es doch tut? Im „Gasthof zum Schwarzen Adler“ in Gerswalde, in der Uckermark, nur 100 Kilometer von Berlin-Mitte entfernt: den unmittelbaren Eindruck einer wilden Mischung ganz unterschiedlicher Menschen. Immer schon dagewesene Grundsicherungsrentner:innen sitzen hier neben zugezogenen, wohlhabenden Steppjacken-Menschen, die mit der Mercedes G-Klasse zum Landsitz fahren. Berliner Speckgürtel im Brennglas, sozusagen. Und der etwas heruntergekommene, aber vertraute Tagungs-

raum des „Schwarzen Adlers“ gibt allen Sicherheit, beim Reden über die Energiewende kein Blatt vor den Mund zu nehmen – auch denen, die sich in einem Hauptstadt-Konferenzraum nie zu Wort gemeldet hätten.

Ein ähnliches Bild in Bremen: Handgemalte Transparente, selbst gepflückte Äpfel, gemeinsames Stühlerücken und Kaffeekochen brechen das Eis, noch bevor die Diskussion – hier über Klimaschutz in Mietsilos – losgeht. Eine herzliche, zugleich kämpferische Eröffnungsrede rundet es ab. So entsteht ein barrierearmer Austausch, in dem fast alle ihre Erfahrungen einbringen. Und damit hat der Ort des Austauschs einen sehr großen Einfluss auf das Ergebnis. Oder zumindest auf die Kraft, die von einer Zusammenkunft ausgeht.

3.3. Gemeinsame Sprache finden

Es ist einfach – und ein bisschen billig – sich über die ritualisierten, abgehobenen Debatten der Berliner Politik- und Lobbywelt lustig zu machen. Denn jeder Mikrokosmos entwickelt seine eigenen Rituale. Ähnlich eingefahren dürfte

es auch bei der freiwilligen Feuerwehr in Bad Kleinstadt oder in mancher Arbeitsloseninitiative aussehen. Gleichwohl lohnt sich ein unvoreingenommener Blick auf die Umgangsformen vieler Verbände auf Bundesebene. Vieles richtet sich vor allem an die eigene Community – und lässt so Chancen ungenutzt, breitere Kreise zu erreichen und gemeinsam mehr zu bewegen.

Gesprochen wird oft eine akademisch aufgeladene Sprache, in der simple Dinge erst kompliziert klingen müssen, um ernst genommen zu werden. Doch die „Transformation“ würde nicht weniger komplex, wenn man schlicht von „Wandel“ spräche. Und Anglizismen wie „Shrinking Spaces“ schaffen auch keine Klarheit darüber, was zu tun ist, wenn die Spielräume für Umweltarbeit kleiner werden. Das müsste alles nicht sein – menschlichere Worte wären auch grundsätzlich eine gute Idee. Doch diese Sprache wird vor allem dann zum Problem, wenn es um den Austausch mit den „Normalos“ geht.

Denn wohl kaum ein Vorwurf haftet der Umwelt- und Klimabewegung so hartnäckig an wie der der Besserwisserei. Ob berechtigt oder als Kampfbegriff eingesetzt – heikel wird es, wenn Sprache und Haltung dieses Bild bestätigen. Begriffe wie „abholen“, „mitnehmen“ oder „unterhaken“ sind freundlich gemeint, verraten aber eine Hierarchie: hier die Wissenden, dort die, die erst noch überzeugt werden müssen. Das erinnert an die alte Politiker:innen-Formel, man müsse die eigene Politik nur besser erklären – als läge das Problem allein beim Publikum.

Dieses Problem zeigt sich auch in der Form der Präsentation: All das, was der Phänotyp des Umweltmenschen in Berlin-Mitte braucht, kann im Bürgerhaus eher Kopfschütteln und Desinteresse hervorrufen. Sobald die Hochglanz-Powerpoint an die Wand geworfen wird, schauen viele auf ihre Handys und verlieren das Interesse.

Es scheint klüger, ergebnisoffen in den Dialog zu gehen: Mit klaren Positionen, aber der Einsicht, dass auch die Gesprächspartnerin etwas beizutragen hat – und man am Ende vielleicht ganz anders aus der Debatte herausgeht, als man hineingegangen ist. Denn eines wird oft übersehen: Ein großer Teil der Menschen ist durchaus dankbar dafür, dass es überhaupt Leute gibt, die sich für den Umweltschutz einsetzen. Sie wollen allerdings nicht belehrt, sondern ernst genommen werden. Dieser Unterschied ist entscheidend.



„Ökologischer Wandel im ländlichen Raum gelingt nicht durch Belehrung, sondern durch Dialog – auf Augenhöhe und mit Respekt für unterschiedliche Perspektiven.“

Katja Neels, Bürgerstiftung Barnim Uckermark

3.4. Dialog in den Mittelpunkt stellen

Gerade im Osten Deutschlands ist es ein vertrautes Bild: Sie ziehen wieder durch die Dörfer, die reisenden Vertreter:innentrupps mit ihren glänzenden Versprechen. Schon oft haben die Menschen erlebt, wie blühende Landschaften, funkelneue Feuerwehrautos oder ein neues Dorfgemeinschaftshaus an die Wand gemalt wurden – und die Realität dann doch anders aussah.

Kein Wunder also, dass Skepsis aufkommt, wenn nun Informationsveranstaltungen zur Energiewende angekündigt werden, bei denen vor allem Vertreter:innen von Windkraft- und Solarunternehmen ihre Produkte an die Ortsvorsteher:innen bringen wollen, als handele es sich um die neuesten Handyverträge. „Wir sehnen uns nach neutraler Information und nach ehrlichem Austausch“, fasste eine Teilnehmerin die Stimmung in den Debatten zusammen – nicht nach der nächsten Lobby-Dauerwerbesendung. Genau hier könnten Umweltverbände punkten: als Vermittler:innen, als Brücke zwischen gut gemachtem Klimaschutz und den Sorgen der Menschen. Das heißt nicht, dass sie ihre Überzeugungen aufgeben müssen. Aber vielleicht lohnt es sich, die eigene Haltung zu überdenken. Nicht zuerst Botschaften in den Raum zu stellen, sondern Rückfragen, Bedenken und Ängste der Menschen in den Mittelpunkt zu rücken.

Am Ende muss die Solarfläche an diesem Ort vielleicht etwas kleiner ausfallen, ein paar Windräder weniger auf der Wiese stehen. Kein Drama. Entscheidend ist, dass die Menschen nicht das Gefühl haben, übergangen zu werden. Denn Vertrauen – das ist die Grundlage für alles Weitere.



„Gerade bei kontroversen Themen wie der Energiewende brauchen wir Räume, in denen Menschen ihre Perspektiven offen austauschen und gemeinsam nach Lösungen suchen – das stärkt Demokratie und Zusammenhalt vor Ort.“

Marnie Bammert,
Gruppe „Füreinander - Miteinander“

4. Lehren aus der regionalen Praxis

4.1. Von der Amsel zur Agenda: Naturschutz als Türöffner

In unseren Gesprächen mit Aktiven aus den Verbänden wurde deutlich: Naturschutz findet da Gehör, wo Umwelt- und Klimakampagnen auf taube Ohren stoßen. Diese sind zu abstrakt, zu moralisch, zu fern. Ganz im Gegensatz dazu der Naturschutz: Er spielt sich direkt vor der eigenen Nase ab – und genau das macht ihn wirkmächtig. „Viele Menschen haben eine enge Beziehung zur Natur“, hieß es. Denn Natur ist haptisch erfahrbar, kein Programm.

Auch die Forschung stützt diesen Eindruck. Studien der Umweltpsychologie zeigen, dass Menschen vor allem dann handeln, wenn sie eine emotionale Bindung entwickeln – nicht durch abstrakte Forderungspapiere. Die Leipziger Engagement-Studie⁵ belegt, dass Engagement oft in lokalen Kontexten (Vereine, Kommunen, Nachbarschaften) stattfindet und dort demokratiefördernd wirkt. Viele Verbände haben dies längst erkannt – und setzen es erfolgreich um, etwa mit Aktionen wie der ‚Stunde der Gartenvögel‘ des NABU.⁶ So wird Naturschutz zum Türöffner – auch der BUND zeigt das mit dem „Grünen Band“. Dieser Einsatz für den Biotopverbund entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze spricht auch Menschen an, die sonst kaum Kontakt zu Umweltverbänden haben. Wer sich für das Biotop vor der eigenen Haustür begeistert, entwickelt leichter ein Gespür dafür, warum Umwelt- und Klimaschutz insgesamt so wichtig sind.

Wer als Verband keine Vogelhäuschen aufhängen kann, weil das Mandat klar auf Klimagerechtigkeit oder Umweltpolitik ausgerichtet ist, muss andere konkrete Anker finden. Doch der Kern des Problems bleibt gleich: Abstrakte Forderungen brauchen greifbare Einstiege.



„Naturschutz ist sympathisch - Wärmepumpen und Windräder sind es nicht für alle.“

Thomas Volpers ist stellvertretender Landesvorsitzender des BUND Brandenburg und Geschäftsführer des NABU Regionalverbandes Templin.

⁵ Hoffmann, H. et al. 2025: [Engagement und politische Einstellungen: Herausforderungen und Perspektiven in einer sich wandelnden Gesellschaft](#). DSEE Arbeitspapier 1: Neues aus der Engagementforschung

⁶ [Nabu: Stunde der Gartenvögel](#)

4.2. Soziale Gerechtigkeit in den Fokus rücken

Menschen mit kleinem Geldbeutel müssen nicht erst von Gerechtigkeit überzeugt werden. Wenn sie Teil einer gemischten Runde sind, in der über Klimaschutz und Energiewende geredet wird, dann entstehen Kompromisslinien, die vielleicht auch gesellschaftliche Mehrheiten tragen könnten. Die reine Klimalehre mag dabei etwas verwässert werden, doch was entsteht, ist etwas anderes: ein milieuübergreifender Konsens. So werden Klima- und Sozialfragen von Anfang an zusammengedacht. Theoretisch gern hochgehalten, praktisch aber selten gelebt.

Umgesetzt haben wir das in den Gesprächen mit dem Bremer Bündnis „Menschenrecht auf Wohnen“ zum Thema Klimaschutz: Für Menschen mit kleinem Geldbeutel stehen existenzielle Sorgen im Raum, wenn Klimasanierungen die Mieten in die Höhe treiben. Dann geht es um das Dach über dem Kopf – und das lässt Debatten über Zumutbarkeit und sozialen Ausgleich in

einem ganz anderen Licht erscheinen als bei theoretischen Diskussionen. Zudem zeigte sich: Wenn soziale Sicherheit gegeben ist, liegen die Positionen von typischen Öko-Milieus und Mieter:innen mit kleinem Geldbeutel näher beieinander, als man denken könnte. Beide Gruppen wünschen sich eine lebenswerte Zukunft für alle und eine konsequente Lösung der Klimafrage.

Dabei treibt vor allem die hohe Modernisierungsumlage viele in die Kostenfalle, da Vermieter:innen Sanierungskosten einfach umlegen können – ohne dass die Energiekosteneinsparungen die höheren Mieten ausgleichen. Diskutiert wurden Forderungen nach einer Senkung

oder Abschaffung der Umlage sowie Alternativen wie das schwedische Warmmieten-Modell, das Anreize für beide Seiten schafft. Zudem wurde hinterfragt, ob die aktuellen Effizienzstandards für Altbauten immer sinnvoll sind oder Ressourcen nicht gezielter eingesetzt werden könnten. Klimaschutz im Wohnbereich, so der Konsens, braucht realistische und sozial gerechte Lösungen.

Aus Sicht der Veranstaltungsteilnehmer:innen in der Uckermark zeigt sich bei der Energiewende eine deutliche Schieflage – etwa bei der Verteilung von Lasten und Gewinnen. Während das Geld aus der Windkraft häufig in die Taschen auswärtiger Investor:innen fließt, tragen die Anwohner:innen, so der Tenor der Wortbeiträge, die Belastungen – von nächtlichem Blinklicht und Lärm



▷ Klimaschutz und Menschenrecht auf Wohnen nur für Wohlhabende?

Klimafreundliches und bezahlbares Wohnen für alle, Bremen

bis hin zum Gefühl, von den Gewinnen nicht viel abzubekommen. Zwar profitieren die Kommunen zumindest etwas über Steuern und Abgaben, doch der Eindruck einer großen Ungerechtigkeit bleibt bei vielen haften.

Zudem stoßen Beteiligungsmodelle wie Genossenschaften oft auf finanzielle Hürden, die eine echte Teilhabe erschweren. So berichteten Teilnehmer:innen, sich die notwendigen Einlagen schlicht nicht leisten zu können. Die Folge ist eine vertiefte Wahrnehmung einer Energiewende, die ohne echte Beteiligung der Betroffenen stattfindet.

4.3. Ehrenamtliches Engagement stärken

Ein weiteres Problemfeld wurde in unseren Gesprächen deutlich: die wachsende Belastung der ehrenamtlichen Basis in den Verbänden. Und das, obwohl diese eigentlich auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken können. Während die sogenannten Volksparteien zerbröseln und sich deren Mitgliedszahlen seit 1990 mehr als halbiert haben, sind die Umweltverbände unaufhaltsam gewachsen.⁷ Die Entwicklung der Spender:innen und Mitglieder kannte bislang nur eine Richtung: nach oben. Es wurde also vieles richtig gemacht – so die eine Wahrheit.

Weniger rosig sieht es im Maschinenraum der Verbände aus: Wie im persönlichen Austausch betont wurde, leiden Teile der ehrenamtlichen Basis unter einem systematischen Überlastungssyndrom – und das ist kein Zufall, sondern Folge struktureller Defizite. Der Ehrenamtsbericht der Bundesregierung zeigt: Die meisten Aktiven sind über 60, Nachwuchs bleibt aus.⁸ Gleichzeitig wächst das Aufgabenvolumen, weil der Staat sich zurückzieht. Dadurch übernehmen die Verbände und ihre Ehrenamtlichen immer mehr Arbeiten, die eigentlich zu den staatlichen Pflichtaufgaben gehören – sei es bei Artenschutz, Umweltbildung oder der Pflege von Schutzgebieten.

Der NABU warnt seit Jahren: Ehrenamtliche werden als „Lückenfüller“ eingesetzt, während die Politik verbindliche Lösungen verweigert.⁹ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) spricht von einer „stillen Krise“: Immer weniger Schultern tragen immer mehr Last.¹⁰ Die Folgen? Burnout und Rückzug.

⁷ Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU) 2024: [Struktur, Strategie und Bewegung](#). Entwicklung der Umweltorganisationen in Deutschland seit 2000

⁸ Anne Fritzsche et al. 2025: [Freiwilliges Engagement in Deutschland](#), Zentrale Ergebnisse des Sechsten Deutschen Freiwilligensurveys, herausgegeben von der Staatsministerin für Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt

⁹ Umweltdialog 2024: [Ehrenamt im Naturschutz: Mehr als ein Lückenfüller](#)

¹⁰ Leit Antrag des DNR Präsidiums 2025: [Engagiert für die Demokratie. Wirksam für die Umwelt.](#)



„Die Umweltarbeit in benachteiligten Stadtteilen erfordert neue Konzepte und erhebliche Ressourcen.“

Bernd Quellmalz ist Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Freiwilligenmanagement und Mitgliedergewinnung beim BUND Bremen.

Gleichzeitig würden die Anforderungen komplexer, etwa bei Bauleitverfahren oder rechtlichen Fragen, so berichtete man uns. Viele Ehrenamtliche wünschten sich daher mehr direkte Unterstützung auf regionaler Ebene – etwa klare Ansprechpartner:innen für juristische Fragen oder Hilfe beim Verfassen von Stellungnahmen. Darüber hinaus müsse ehrenamtliches Engagement insgesamt stärker anerkannt und unterstützt werden, denn Engagement lebe nicht nur von Idealismus, sondern auch von verlässlichen Rahmenbedingungen.

4.4. Rechte Unterwanderung verhindern

Umweltschutz wird nicht nur, aber besonders im Osten Deutschlands, zunehmend von rechten Kräften unterwandert – ein Problem, mit dem sich die Verbände sowohl auf Bundesebene als auch regional auseinandersetzen. So gab es bei einigen Verbänden im Osten konkrete Versuche rechtsextremer Akteure, Einfluss zu nehmen. Daneben agieren Gruppen wie „Vernunftkraft“, die die Debatte um die Energiewende gezielt für demokratiefeindliche Zwecke instrumentalisieren, oder rechte Vereine, die mit scheinbar harmlosen „Plastiksammelaktionen“ den Umweltschutz für ihre Zwecke vereinnahmen. Wie Kolleg:innen uns erzählten, erschwert zudem ein angespanntes politisches Klima den Dialog. Viele Menschen, mit denen sie in ihrer Arbeit zu tun hätten, seien für rechte Erzählungen empfänglich oder identifizierten sich zumindest teilweise damit.



„Die demokratische Struktur in meinem Verband finde ich passend.“

Antonius Warmeling ist seit über 45 Jahren ehrenamtlich engagiert beim BUND Hagen.

Braune Gedanken in grünen Verbänden sind kein neues Phänomen: Die Umweltbewegung hat eine ambivalente Geschichte, in der sich völkische und nationalistische Strömungen finden – etwa in der Heimatschutzbewegung des frühen 20. Jahrhunderts, die später im Nationalsozialismus aufgegriffen wurde und bis in die Gründungsgeschichte heutiger Umweltverbände hineinreicht.^{11,12} Zwar haben sich die Verbände klar von diesen Traditionen distanziert, doch die aktuelle politische Polarisierung, besonders in ostdeutschen Bundesländern, stellt sie erneut vor Herausforderungen. Eine zentrale Frage bleibt: Wie können sie ihre Basis gegen rechte Unterwanderungsversuche schützen, die nicht immer auf den ersten Blick erkennbar sind?

¹¹ Hans-Werner Frohn, Jürgen Rosenstock 2022: [Geschichte der Naturschutzpolitik](#), Bundeszentrale für politische Bildung

¹² Joachim Radkau 2011: Die Ära der Ökologie, C.H. Beck Verlag

4.5. Kollektive Erinnerung im Osten aufgreifen

„Eigentum verpflichtet“ – im Grunde ist dieser Auftrag aus dem Grundgesetz zu einer hohlen Grußformel verkommen. Zynisch betrachtet ließe sich eher sagen: „Eigentum berechtigt heute vor allem dazu, es immer weiter zu vermehren.“ Das wäre ein treffendes Abbild unserer Profit-Ökonomie, in der Eigentum längst nicht mehr als sozial gebundene Verantwortung, sondern als Freibrief zur maximalen Rendite verstanden wird.

Dort, wo die Geschichte der LPGs und der kollektiven Bewirtschaftung noch nachwirkt, hat der Satz einen anderen Beiklang. Nicht, dass man die DDR verklären wollte – das sozialistische „Paradies“ war bekanntlich ein Unterdrückungsregime. Doch es gab etwas, das im Westen weniger zum Tragen kam: ein Bewusstsein dafür, dass Landwirtschaft nicht nur Ertrag, sondern auch Gemeinschaft bedeutet. Wie ein Kollege aus einem Verband im Osten im Gespräch schilderte, war den Mitarbeiter:innen der LPGs immer bewusst, dass sie zwar Milch, Getreide und Fleisch produzierten, gleichzeitig aber das Dorf an den Genossenschaftsflächen teilhatte. Das Land war nicht nur Betriebsvermögen, sondern Lebensgrundlage für alle, erzählte er uns.

Diese Haltung könnte heute noch fruchtbar sein – etwa für Umweltverbände, die nach Verbündeten im Einsatz für den Naturschutz suchen. Dass inzwischen Großinvestoren über die Äcker des Ostens hergefallen sind und teils postfeudale Strukturen geschaffen haben, ist unübersehbar. Und doch lebt in den Köpfen vieler Menschen noch immer der Gedanke an das Gemeinsame fort. Vielleicht liegt darin ein Ansatzpunkt, der über bloße Profitlogik hinausweist – und eine Schnittstelle für die Verbände sein kann.

4.6. Kommunale Interessen bei der Energiewende verteidigen

Was in unseren Debatten deutlich wurde: Die Energiewende ist kein abstraktes Projekt, das sich in Berlin oder Brüssel entscheidet. Sie wird in Rathäusern, auf Äckern und in den Köpfen derjenigen gestaltet, die vor Ort Verantwortung tragen. Ehrenamtliche Bürgermeister:innen, Gemeindevorsteher:innen und Kommunalpolitiker:innen stehen dabei vor großen Herausforderungen.

Denn wer heute in eine Gemeinde kommt, um Windräder oder Solaranlagen zu bauen, kommt selten allein. Im Gepäck sind komplexe Verträge, Top-Jurist:innen



„Wer an vorhandene Werte andockt und Zeit investiert, kann Konflikte entschärfen und Brücken bauen.“

Martin Flade ist Naturschützer und war langjähriger Leiter des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin.

und das Gewicht großer Unternehmen. Die Ortsvertreter:innen, die zwischen Feierabend und Tagesschau noch Politik machen, sind in dieser Konstellation meist die Schwächeren. „Das ist ein asymmetrisches Machtverhältnis“, sagte eine Teilnehmerin in einer Debatte. Nicht selten führt dieses Ungleichgewicht dazu, dass Verträge unterzeichnet werden, bei denen die Gemeinden über den Tisch gezogen werden – oder bei denen deutlich mehr für sie drin gewesen wäre.

So werden Freiflächen-Solaranlagen zwar auf kommunaler Ebene genehmigt – die Gemeinden haben daher einen hohen Gestaltungsspielraum bei der Nutzung von Flächen. Doch in der Praxis zeigt sich: Wer über große Flächen verfügt oder enge Kontakte zu Entscheidungsträger:innen pflegt, prägt die Verhandlungen oft maßgeblich. Hier, so der Anstoß in den Debatten, könnten Umweltverbände eine Schlüsselrolle übernehmen. Mit ihrem Fachwissen und ihren Netzwerken könnten sie den politischen Druck erhöhen und unabhängige Beratungsgremien initiieren, die ehrenamtliche Bürgermeister:innen unterstützen – damit die Energiewende vor Ort nicht nur umgesetzt, sondern auch im Sinne der Allgemeinheit gestaltet wird.



▷ *Warum stehen auf dem Tempelhofer Feld keine Windräder?*

Auf der Suche nach einer fairen Energiewende in Gartz

5. Ausblick und Möglichkeitsräume

Wie soll es also weitergehen? Eine Zauberformel gibt es wohl nicht – die Umweltverbände sind zu unterschiedlich, ihre Strukturen zu verschieden, ihre Realitäten zu bunt, um einfache Rezepte zu liefern. Deshalb verzichten wir bewusst auf die fünf goldenen Empfehlungen. Die haben wir ohnehin nicht; auch wir sitzen mit im Boot und suchen nach Ideen. Was wir mitgeben wollen, sind Möglichkeitsräume – und damit verbunden eine Reihe offener Fragen, über die es sich gemeinsam nachzudenken lohnt.

5.1. Wie erweitert die Umweltbewegung ihren Radius?



“In der Umweltbewegung dominiert die weiße Mittelschicht - das entspricht nicht der Bevölkerung, die wir hier haben.”

Scarlett Gac ist stellvertretende Leiterin der Umweltbildung beim BUND Bremen und koordiniert Umweltbildungsprojekte in sozio-ökonomisch benachteiligten Wohnquartieren in Bremen-Nord.

Es ist kein Geheimnis: Im Portfolio der Umweltverbände gibt es blinde Flecken. Und die hängen nicht selten damit zusammen, dass Mitarbeiter:innen und Spender:innen oft derselben gesellschaftlichen Kaste entstammen – einer Schicht, deren Kinder auf dieselben Musikschulen gehen. Das liegt in der Natur der Sache und lässt sich vermutlich nie ganz vermeiden. Aber reicht das als Erklärung? Was würde passieren, wenn die Verbände konsequenter auf Bevölkerungsgruppen zugingen, die zwar ihren Salat nicht mit Bio-Olivenöl anrichten, aber trotzdem eine halbwegs intakte Natur zu schätzen wissen? Und wie könnte ein solcher Schritt aussehen, ohne belehrend oder anbiedernd zu wirken? Klar ist: Dieser Weg ist steinig. Ressentiments müssen überwunden, Vorurteile aus dem Weg geräumt und eine Menge Energie investiert werden. Aber liegt genau darin nicht eine Chance? Denn je tiefer die Verankerung in der Bevölkerung – jenseits der üblichen Kernzielgruppe – desto schwerer lässt sich Umweltpolitik als Larifari vom Tisch wischen.

5.2. Soll sich die Umweltbewegung aus kulturellen Grabenkämpfen heraushalten?

Die Umweltverbände haben beste Argumente: Ohne Artenvielfalt oder ein halbwegs stabiles Klima sieht die Zukunft der Menschheit düster aus. Soweit, so simpel. Diese Erkenntnis hat sich längst in die DNA weiter Teile der Bevölkerung eingebakken. Echte Klimaleugner:innen, die die menschengemachte Erderwär-

mung für ein Märchen halten, muss man inzwischen mit der Lupe suchen. Eigentlich ein Heimspiel für die Umweltbewegung. Aber wie kann dieses Potenzial genutzt werden? Könnte eine sachlichere Tonlage helfen, mit mehr Menschen ins Gespräch zu kommen? Was passiert, wenn Zwischentöne zugelassen werden und die Verbände gelegentlich vom Senden ins Zuhören umschalten? Die mögliche Ernte wäre nicht nur Zustimmung, sondern auch jener kollektive Scharfsinn, der die eigene Arbeit klüger und wirksamer macht.

Das Gegenteil ist der Fall, wenn Umweltverbände Drohkulissen aufbauen und den Weltuntergang an die Wand malen. Denn damit bedienen sie nur die Interessen politisch motivierter Schreihälse, die jede Wärmepumpe zum Vorzeichen einer aufkommenden Ökodiktatur hochstilisieren. Diese taktischen Klimaleugner glauben mitunter selbst nicht an ihre Parolen, sind aber Handlanger der fossilen Gestern-Lobby oder von Demokratiefeinden. Das Empörungsgeschrei bei X und co. soll vor allem davon ablenken, dass wirksamer Klimaschutz im Interesse der Mehrheit liegt. Gleiches gilt grundsätzlich für den sogenannten „Kulturkampf“. Hafermilch- und Bratwurst-Fans haben beim Natur- und Umweltschutz vermutlich mehr gemeinsam, als manche Schlagzeilen suggerieren. Für die Verbände stellt sich hier also die Frage, wie sie die Debatte gestalten, ohne unnötig Öl ins Feuer zu gießen.

5.3. Sind Umweltverbände Demokratie in Aktion?

Letztendlich sind die Umweltverbände weit mehr als bloße Interessenvertreter:innen – sie sind ein unverzichtbarer Teil der Zivilgesellschaft, die Demokratie erst mit Leben füllt. Sie übernehmen dabei eine dreifache Schlüsselrolle: Sie decken Missstände auf, übersetzen wissenschaftliche Erkenntnisse in greifbare Forderungen und sorgen dafür, dass diese nicht in Schubladen verschwinden, sondern in der öffentlichen Debatte ankommen und politisch adressiert werden. Und vor allem bieten sie den Bürger:innen eine Plattform, um sich konkret einzubringen.

Offen bleibt: Wie können Umweltverbände ihr Engagement noch überzeugender als zentralen Beitrag zur demokratischen Willensbildung und zur öffentlichen Daseinsvorsorge darstellen? Denn ihr Einsatz ist keine Interessenvertretung einer vermeintlichen Öko-Elite, sondern Demokratie in Aktion: Eine intakte Umwelt ist genauso grundlegend für das Gemeinwohl wie gute Bildung oder Gesundheit. Wie schafft es die Umweltbewegung, ihr Wirken als das zu zeigen, was es ist: ein Angebot an alle, nicht an wenige?

Impressum

Umweltbewegung im Miteinander: Demokratisch. Fair. Wirksam.

Herausgeberin:

denkhausbremen e. V.
Am Deich 45
28199 Bremen
www.denkhausbremen.de
Tel.: +49 421 3304 8381
E-Mail: info@denkhausbremen.de
Vereinsregister: Bremen VR 7717 HB

Autor:

Peter Gerhardt

Verantwortliches Projektteam:

Ulrike Eppler, Peter Gerhardt und Jonas Daldrup

Redaktion:

Sina Möhlenkamp, Jonas Daldrup, Ulrike Eppler

März 2026

Gestaltung:

K3-Media

Bildnachweis:

S. 1,3,4,5,9,13,17 denkhausbremen, S. 4 Jakob Hilpert, S. 7,8,10,11,12,15,16 privat,
S. 14,18 Birgit Wingrat/BUND Bremen

Die Verantwortung für die Inhalte dieser Veröffentlichung liegt beim Projektteam von denkhausbremen.

Dieses Impulspapier wurde erarbeitet im Rahmen des Projektes „Butter bei die Fische: Wie geht ökologischer Wandel sozial gerecht in der Praxis?“ mit Förderung durch das Umweltbundesamt (UBA) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN).

